

BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 2. Dezember 2011

Gespräch mit Verteidigungsminister de Maizière über Standort Schwanewede

Ich sage nicht nur, dass ich die Gemeinde Schwanewede und den Landkreis Osterholz mit dem Problem des zu schließenden Standortes nicht alleine lasse, sondern ich handle auch danach. In diesen Tagen habe ich ein Gespräch mit Verteidigungsminister de Maizière darüber geführt, wie es konkret mit dem Standort weitergehen wird.



Wie bereits berichtet, habe ich mich sehr früh mit Landrat, Bürgermeister und Gemeinderatsmitgliedern getroffen, um herauszuarbeiten was für Schwanewede nun von Bundesseite getan werden kann und muss. Deshalb habe ich mich nicht nur mit 14 weiteren Kollegen meiner Fraktion, die auch von den Standortschließungen betroffen sind, zusammengetan, sondern habe auch zeitnah das Gespräch mit Verteidigungsminister de Maizière gesucht.

Weitere Gespräche werden folgen: Ich habe Kontakt zur Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die für die Flächenverwertung zuständig sein wird, aufgenommen und für Anfang nächsten Jahres hat sich Staatssekretär Kossendey in Schwanewede angekündigt. Bei all diesen Gesprächen wird es darum gehen, dass die Gemeinde möglichst schnell die Feinplanung zur Schließung erhält, um mit den eigenen Planungen beginnen zu können. Außerdem setze ich mich selbstverständlich auf Bundesebene dafür ein, dass der Bund den betroffenen Gemeinden finanziell unter die Arme greift. Ich habe mich gefreut, in dieser Woche zu hören, dass Niedersachsen 700.000 Euro für die betroffenen Kommunen zur Verfügung stellt.

Stuttgart 21: Die Grünen sind am Volk gescheitert

Die Gegner des Projekts Stuttgart 21, vor allem die Grünen, haben bei der Volksabstimmung in Baden-Württemberg am vergangenen Sonntag eine herbe Niederlage erlitten. Mit 58,8% stimmte eine sehr deutliche Mehrheit für das Infrastrukturprojekt, während sich 41,2% dagegen aussprachen. Auch in der Landeshauptstadt Stuttgart konnten die Projektgegner keine Mehrheit erreichen. Dort stimmten 52,9% für den Weiterbau und 47,1% für den Ausstieg.

Der Ausgang des Volksentscheides ist ein ermutigendes Signal und ein guter Tag für Baden-Württemberg und darüber hinaus. Er macht deutlich, dass die Bürger für große, moderne Infrastrukturprojekte zu gewinnen sind. Die Wirtschaft unseres Landes ruht auf einer starken industriellen Basis, die ohne eine gut ausgebaute Infrastruktur undenkbar ist. Infrastrukturprojekte bedeuten Wohlstand. Sie dürfen nicht dem kurzfristigen parteipolitischen Vorteil geopfert werden, wie die Grünen dies versucht haben, als sie vor der Landtagswahl aus den Protesten parteipolitischen Nutzen zogen und den Stuttgart-21-Gegnern versprochen, im Falle eines Wahlerfolgs den Bau des modernen Tiefbahnhofs zu verhindern.

Der Volksentscheid hat deutlich gemacht, dass die „gefühlte Mehrheit“, auf die die Grünen in ihrem Protest gegen das Projekt verwiesen, eben nur eines war: „gefühlte“. Die selbsternannten „Sprecher aller Bürger“, so zeigt das Ergebnis, vertreten oftmals nur ihre eigenen Interessen, nicht aber das Gemeinwohl. Wir erwarten nun, dass die Landesregierung ihrer Projektförderpflicht nachkommt und den Bau des modernen Tiefbahnhofs sicherstellt.

Einrichtung eines bundesweiten Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“

Mit dem in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb eines bundesweiten Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ (Hilfetelefontgesetz) wird ein zentrales Hilfetelefon beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben eingerichtet, um Zugangshindernisse zum bestehenden Unterstützungs-

system, das gewaltbetroffene Frauen berät und unterstützt, zu beseitigen.

Erst in der letzten Sitzungswoche hat der Bundestag für das nächste Jahr 3,1 Millionen Euro für das Hilfetelefon bereitgestellt. In den folgenden Jahren wird das Hilfetelefon mit jährlich sechs Millionen durch den Bund finanziert. Das Geld kommt aus dem Etat des Bundesfa-

milienministeriums, für den ich im Haushaltsausschuss verantwortlich bin. Mir war es sehr wichtig, mit diesem niedrigschwelligen, barrierefreien, mehrsprachigen Hilfeangebot Frauen in Notsituationen zu unterstützen. Dieses kann anonym und ohne großen Aufwand von den Frauen genutzt werden, wenn sie Unterstützung brauchen.

Neuordnung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung

In erster Lesung haben wir das Gesetz zur Neuordnung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV-NOG) beraten. Ziel einer Neuordnung der Organisationsstruktur ist es, die Aufgabenerledigung durch umfassende Bündelung bei einem Bundesträger effizienter zu gestalten. Es wird in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV) ein Bundesträger mit Hauptverwaltung und Geschäftsstellen als Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts errichtet, der Träger

der gesamten LSV (Alterssicherung, Unfall-, Kranken- und Pflegeversicherung) wird.

In diese Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau werden die bisherigen regionalen Träger, die Träger für den Gartenbau und der Spitzenverband der LSV eingegliedert. Auch die Selbstverwaltung wird neu organisiert.

Für die einzelnen Zweige der landwirtschaftlichen Sozialversicherung

wird eine Obergrenze bei den Verwaltungs- und Verfahrenskosten festgelegt.

Von der Reform werden auch die Verdener und Osterholzer Landwirte profitieren.

Für die geplante Reform sollen im Bundeshaushalt in den Jahren 2012 bis 2014 insgesamt 150 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt werden.

Konjunktur: Optimismus überwiegt

Trotz Finanz- und Staatsschuldenkrise rechnen nach einer Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln die deutschen Unternehmen nicht mit einer Rezession. Eine Mehrheit der Unternehmen geht davon aus, dass ihre Geschäfte im kommenden Jahr stabil verlaufen werden. 31% rechnen sogar mit einem Produktionszuwachs. Nur

19% der befragten Betriebe gehen von einer Produktionsabnahme aus. Derzeit schätzen 46% der Firmen ihre wirtschaftliche Situation besser ein als 2010. Lediglich 15% Prozent bewerten ihre Lage schlechter. Der Rest der Befragten kann keine Veränderungen feststellen. Im Vergleich zum Frühjahr 2011 hat sich die Lageeinschätzung eingetrübt. Damals

sagten 60% der Betriebe, ihre Lage sei besser als im Vorjahr. Rund 60% der befragten Unternehmen rechnen mit einer stabilen Beschäftigungslage im Jahr 2012. Fast jeder vierte Betrieb plant die Zahl seiner Mitarbeiter im nächsten Jahr zu erhöhen; nur jedes siebte Unternehmen geht von einem Stellenabbau aus.

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range